



# Beitrittserklärung

Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft

ver.di – Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft,  
Bereich Wirtschaftspolitik, Paula-Thiede-Ufer 10, 10179 Berlin

Beitritt online unter  
[www.wipo.verdi.de](http://www.wipo.verdi.de)  
Fax 030-2 63 66 11 31

Ich möchte Mitglied werden ab:

Monat/Jahr

Persönliche Daten:

Name

Vorname/Titel

Straße/Hausnr.

PLZ Wohnort

Geburtsdatum

Telefon

Staatsangehörigkeit

Geschlecht  weiblich  männlich

Beschäftigungsdaten

- Arbeiter/in  Angestellte/r  
 Beamter/in  DO-Angestellter  
 Sonstiges \_\_\_\_\_  
 Vollzeit  Teilzeit \_\_\_\_\_ Stunden

Beschäftigt bei (Betrieb/Dienststelle/Firma/Filiale)

Branche ausgeübte Tätigkeit

Einzugsermächtigung

Ich bevollmächtige die ver.di, den satzungsgemäßen  
Beitrag bis auf Widerruf im Lastschriftinzugsverfahren  
zur Monatsmitte  zum Monatsende   
 monatlich  halbjährlich  
 vierteljährlich  jährlich

oder im Lohn-/Gehaltsabzugsverfahren\* monatlich bei  
meinem Arbeitgeber einzuziehen.  
\*nur möglich in ausgewählten Unternehmen.

Name des Geldinstituts/Filiale (Ort)

Bankleitzahl Kontonummer

Name Kontoinhaber/in (Bitte in Druckbuchstaben)

Datum/Unterschrift Kontoinhaber/in

regelmäßiger monatlicher  
Bruttoverdienst Euro \_\_\_\_\_

**Monatsbeitrag:** Euro \_\_\_\_\_

Der Mitgliedsbeitrag beträgt nach § 14 der ver.di-Satzung pro Monat  
1% des regelmäßigen monatlichen Bruttoverdienstes. Für Rentner/  
innen, Pensionär/innen, Vorruheständler/innen, Krankengeldbezieher/  
innen und Erwerbslose beträgt der Monatsbeitrag 0,5% des regel-  
mäßigen Bruttoeinkommens. Der Mindestbeitrag beträgt € 2,50  
monatlich. Für Hausfrauen/Hausmänner, Schüler/innen, Studierende,  
Wehr-, Zivildienstleistende, Erziehungsgeldempfänger/innen und  
Sozialhilfeempfänger/innen beträgt der Beitrag € 2,50 monatlich.  
Jedem Mitglied steht es frei, höhere Beiträge zu zahlen.

### Datenschutz

Ich erkläre mich gemäß § 4a Abs. 1 und 3 BDSG einverstanden,  
dass meine mein Beschäftigungs- und Mitgliedschaftsverhältnis  
betreffenden Daten, deren Änderungen und Ergänzungen, im Rah-  
men der Zweckbestimmung meiner Gewerkschaftsmitgliedschaft  
und der Wahrnehmung gewerkschaftspolitischer Aufgaben elek-  
tronisch verarbeitet und genutzt werden.  
Ergänzend gelten die Regelungen des Bundesdatenschutzgesetzes  
in der jeweiligen Fassung.

Datum/Unterschrift

Werber/in:

Name Vorname



# Skandal Steuervollzug



Vereinte  
Dienstleistungs-  
gewerkschaft

[www.wipo.verdi.de](http://www.wipo.verdi.de)

## ZWEI-KLASSEN-STEUERSYSTEM

**Den Beschäftigten wird bereits beim Arbeitgeber die Steuer abgezogen.** Vielfach zahlen sie sogar zu viel, weil sie gar keine Steuererklärung abgeben und ihnen zustehende Möglichkeiten, Werbungskosten oder Sonderausgaben abzuziehen, nicht nutzen.

**Ganz anders bei Unternehmern und denjenigen, die Einkünfte aus Vermögen haben.** Sie müssen selbst dem Finanzamt angeben, welche Einkünfte sie haben. Dabei gibt es viele „Tricks“, um legal oder illegal Steuern zu „sparen“.

**Die Kontrolle durch die Finanzämter ist unzureichend.** Es fehlt das Personal. In den meisten Fällen werden die Steuerklärungen ohne weitere Nachprüfungen „durchgewunken“. In manchen Bundesländern setzen Finanzminister lasche Kontrolle von Unternehmen sogar bewusst als Wirtschaftsförderung ein.

**!** Gewinn- und Vermögenseinkünfte werden bei der Steuer systematisch begünstigt.

Nur etwa die Hälfte der Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen wird versteuert. Hier gibt es zudem die größten Steuer-rückstände. Hier finden Steuerprüfer und -fahnderinnen regelmäßig Milliardenbeträge, die vor der Steuer versteckt wurden. Löhne und Gehälter dagegen werden fast vollständig besteuert. Im Ergebnis ist die Steuerbelastung der Löhne fast doppelt so hoch wie die der Gewinne und Vermögenseinkommen.

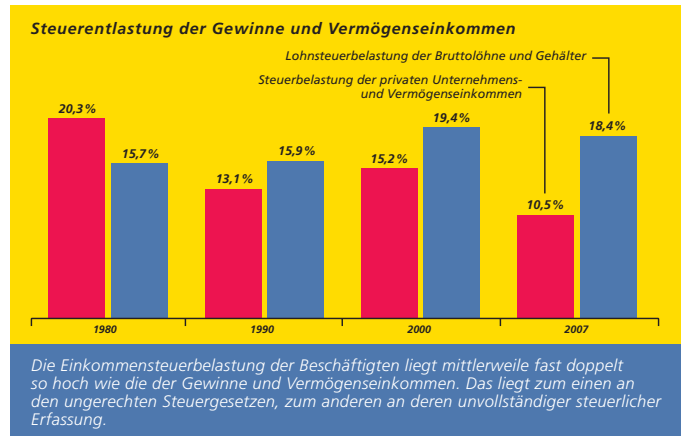
*Die Steuererklärungen werden häufig nur noch im Schnellverfahren bearbeitet. Den Bearbeitern bleibt nichts anderes übrig, als die Angaben ganz überwiegend zu übernehmen und „abzuhaken“. Der Bundesrechnungshof ist der Auffassung, dass der gesetzmäßige und gleichmäßige Vollzug der Steuergesetze nicht mehr gewähr-leistet ist.*

Der Präsident des Bundesrechnungshofes, 2006

## Leidtragende dieses Skandals sind

- **die Beschäftigten** in der Finanzverwaltung und im öffentlichen Dienst insgesamt: Arbeitsbelastung, Stress und Frust wachsen. Immer mehr Finanzbeamte werden schwer krank. Die Einkommensentwicklung bleibt seit vielen Jahren hinter der in anderen Bereichen zurück.
- **die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer** insgesamt: Ihre Abgabenbelastung ist höher als nötig, weil Unternehmer und Vermögende systematisch zu wenig zahlen.
- **die Bürgerinnen und Bürger:** Weil angeblich kein Geld da ist, kürzen Politiker bei Infrastruktur und öffentlichen Leistungen.

**!** Unerträglich: Öffentliche Leistungen werden abgebaut und Einkommensteigerungen verweigert, aber noch nicht einmal die Steuern werden konsequent eingetrieben.



## PERSONALMANGEL UND BÜROKRATISCHER WIRRWARR

**Die Beschäftigten der Finanzämter haben Grund zum Stöhnen:** Sie müssen immer mehr Steuerfälle bearbeiten, haben immer weniger Zeit für sorgfältige Prüfung und Kontrolle. Sie wissen, dass sie einem großen Teil der Steuerverkürzungen durch verfälschte oder unvollständige Angaben nicht auf die Schliche kommen.

*Ich glaube, es gibt kaum etwas Unbefriedigenderes und Frustrierenderes für die Menschen in den Finanzämtern als das Wissen darum, dass man für den Staat deutlich mehr an Steuern herausholen könnte, wenn man nur mit ein wenig mehr Zeitaufwand pro Fall etwas intensiver prüfen dürfte. Aber das Personal reicht dafür nicht. Die Anweisungen zur Großzügigkeit ersticken geradezu jede Initiative.*

Der heutige niedersächsische Finanzminister Möllring im September 2002 – als er noch Oppositionspolitiker war

**Allein in der Betriebsprüfung fehlen in Deutschland über 3000 Beschäftigte, bei der Steuerfahndung über 300, im Innendienst etwa 2700.** Und das, wenn man nur die offiziellen Personalbedarfsrechnungen der Arbeitgeber als Maßstab nimmt. Die Kolleginnen und Kollegen vor Ort wissen: In Wirklichkeit ist der Personalmangel noch weit größer.

**Dabei würde es sich für den Staat mehr als lohnen, den Personalbestand bedarfsgerecht aufzustocken.** Betriebs- und Umsatzsteuerprüferinnen und -prüfer erzielen Jahr für Jahr jeweils eine Million Euro Mehrsteuern. Bei den Steuerfahnderinnen und -fahndern sind es 600.000 Euro.

*Gegen den Personalabbau spricht auch die Überlegung, dass jeder im Veranlagungsbereich Beschäftigte der öffentlichen Hand im Durchschnitt mehr als das Doppelte des Betrages einbringt, den er kostet.*

Rechnungshof Baden-Württemberg, 2002

! Mehr Personal und verstärkte Kontrollen können mindestens sechs Milliarden Euro Mehrsteuern im Jahr einbringen.

Die Finanzbehörden der verschiedenen Bundesländer haben unterschiedliche Strukturen, Standards und EDV-Systeme. Der Informationsaustausch ist mangelhaft, zum Beispiel bei der Betrugsbekämpfung. Ein Gutachten für das Bundesfinanzministerium kommt zu dem Ergebnis: Sechs Milliarden Euro Mehreinnahmen sind möglich.

! Durch verbesserte Effizienz und Zusammenarbeit können weitere sechs Milliarden Euro Mehreinnahmen jährlich erzielt werden.

**Der Länderfinanzausgleich belohnt in seiner bisherigen Form lasche Steuererhebung.** Denn die erzielten Mehreinnahmen fließen zum großen Teil in den Ausgleichstopf aller Länder, während die Kosten für den Steuervollzug beim einzelnen Land hängen bleiben. Diese Kosten sollten daher in Zukunft vorab abgezogen werden können.



## BETRIEBSPRÜFUNG: MILLIARDENGESCHENKE

**Unternehmer versuchen regelmäßig, auch illegal Steuern in Milliardenhöhe zu „sparen“!** Steuerprüfer decken das Jahr für Jahr auf. Viel geht ihnen durch die Lappen.

Mittelbetriebe werden im Bundesdurchschnitt nur alle 13 Jahre geprüft, Kleinbetriebe alle 24 Jahre, Kleinstbetriebe alle 76 Jahre. Vielfach wird lasche Kontrolle der Unternehmen sogar bewusst als Anreiz zur Wirtschaftsförderung missbraucht. Hinter vorgehaltener Hand geben Politiker und Ministerialbeamte das sogar zu.

### Zum Beispiel Nürnberg

In Nürnberg beträgt der Ausfall der Gewerbesteuer durch die politisch motivierte Unterbesetzung der Prüfungsdienste rund zehn Millionen Euro. So viel hätte die Stadt mehr zur Verfügung, wenn die Prüfungsdienste mit dem Personal ausgestattet wären, das vom Lande in seiner „Personalbedarfsberechnung“ als notwendig angesehen wird. Mit diesen zehn Millionen Euro wäre die Stadt Nürnberg in der Lage, die öffentlichen Dienstleistungen zu verbessern und die Einkommen der Beschäftigten zu erhöhen. Jedes Prozent mehr für die Tarifbeschäftigten der Stadt Nürnberg bedeutet Mehrausgaben von rund zwei Millionen Euro. Eine bessere Personalausstattung der Betriebsprüfung könnte einen wichtigen Beitrag zur Finanzierung angemessener Tarifierhöhungen leisten.

Im Jahr 2006 erzielten 13.500 Betriebsprüfer zusätzliche Steuern in Höhe von 14 Milliarden Euro. Die Umsatzsteuer-Sonderprüfung erzielte mit 1500 Prüfern ein Mehrergebnis von 1,4 Milliarden Euro.

**! Eine Million Euro je Prüferin oder Prüfer brachten Betriebs- und Umsatzsteuer Sonderprüfung 2006 ein.**

**Über drei Milliarden Euro mehr könnten jährlich hereingeholt werden.** Dazu müssten lediglich so viele Betriebs- und Umsatzsteuerprüferinnen und -prüfer vorhanden sein, wie es die Personalbedarfspläne der Finanzminister vorsehen.

Betriebsprüferin Anja Schulze ist frustriert. Über 2000 Euro „erprüft“ sie durchschnittlich je Arbeitstag selbst bei kleinen und ganz kleinen Betrieben. Doch die allermeisten Betriebe in ihrem Bereich kann sie gar nicht prüfen – keine Zeit.

**Zwischen den einzelnen Bundesländern bestehen große Unterschiede.** Bei der Betriebsprüfung kommen im Schnitt 0,168 Prüfer auf 1.000 Einwohner. In Hessen sind es nur 0,161 und in Bayern gar nur 0,148. Bei der Umsatzsteuer-Sonderprüfung werden Unternehmen in einem Land rechnerisch alle 35 Jahre, in einem anderen Land nur alle 77 Jahre geprüft. „Besonders wirtschaftsstarke und große Länder weisen die geringste Prüfungsdichte auf.“ So der Bundesrechnungshof im Jahr 2006.

Geradezu verschämt veröffentlicht das Bundesfinanzministerium im Internet die Ergebnisse der steuerlichen Betriebsprüfungen. Es gibt noch nicht einmal eine Pressemitteilung dazu heraus, obwohl es hier um sehr hohe Beträge geht. Warum bloß?



## MILLIONÄRE WERDEN GESCHONT

**Millionäre schummeln bei der Steuer. Und werden kaum erwischt.** 15.600 Steuerpflichtige hatten im Jahr 2004 ein Jahreseinkommen von über einer halben Million Euro. Doch nur 15 Prozent ihrer Steuererklärungen wurden geprüft. In einigen Bundesländern sogar nur zehn Prozent. Das stellte der Bundesrechnungshof fest.

Es gab sogar ein Finanzamt, das keinen einzigen dieser „Einkunfts-millionäre“ prüfte. Obwohl es für 100 zuständig ist. Die Angaben der Millionäre wurden einfach übernommen. Selbst Flüchtigkeits- und Rechenfehler wurden nicht korrigiert, auch wenn sie zu Steuerminderungseinnahmen in sechsstelliger Höhe führten.

! **Allein eine Verdopplung der Prüfungsquote bei „Einkunfts-millionären“ würde über 300 Millionen Euro im Jahr einbringen.**

*Es ist nicht hinnehmbar, dass ein kleiner Personenkreis mit bedeutenden Einkünften von mehr als 500.000 Euro kaum geprüft und in der Regel antragsgemäß veranlagt wird. Personen mit hohem Einkommen und unterschiedlichen Einkunftsarten haben Möglichkeiten, ihr zu versteuerndes Einkommen zu gestalten. Die Außenprüfungen dienen dazu, eine gerechte Veranlagung der Steuerpflichtigen zu gewährleisten. Die Mehreinnahmen von 135.000 Euro pro Außenprüfung belegen deren Notwendigkeit.*

Bundesrechnungshof, 2006

### Arbeitsdruck treibt Blüten

**Die Finanzminister geben den Beschäftigten vor, nur noch eingeschränkt zu prüfen.** Sie müssen sich auf einige wenige Schwerpunkte festlegen, die geprüft werden sollen. Später können sie davon kaum mehr abrücken. Wenn sie arbeitsintensive Außenprüfungen durchführen wollen, müssen sie das gesondert begründen.

Dadurch werden den Prüferinnen und Prüfern Scheuklappen aufgesetzt. Die fehlende Aufbewahrungspflicht von privaten Belegen behindert die Außenprüfung zusätzlich. Dazu die Finanzminister: „Bürokratieabbau“.

*Das Land Hessen hat mehrere Steuerfahnder mit Hilfe psychiatrischer Gutachten zu Ruheständlern gestempelt. Der 46-jährige Rudolf Schmenger gehörte zu einem Fahnderteam, das sich um die „Banken-Verfahren“ kümmerte. Betuchte Anleger hatten mit Hilfe ihrer Bankberater diskret Vermögen ins Ausland geschafft, um der deutschen Zinsabschlagsteuer zu entgehen. Die Fahnder leiteten Tausende von Verfahren ein. Doch plötzlich fühlten sie sich im zuständigen Finanzamt von der eigenen Verwaltung ausgebremst. Die Verwaltung schickte Schmenger schließlich zu einem Nervenarzt, der dem Fahnder prompt eine „paranoid-querulatorische Entwicklung“ beschied. Jetzt hat er nach erneuter Gesundheitsprüfung eine Zulassung als Steuerberater bekommen.*

Der Spiegel, 21. Januar 2008



## VERSCHOLLENER REICHTUM

**Den reichsten zehn Prozent der Bevölkerung in Deutschland gehören knapp 60 Prozent des gesamten Vermögens.** Sie beziehen jedes Jahr Einkünfte in der Größenordnung von 100 Milliarden Euro. Doch nur einen Bruchteil davon deklarieren sie in ihren Steuererklärungen. 2003 wurden nur 17 Milliarden Euro Einkünfte aus Kapitalvermögen versteuert. Das meiste wird am Finanzamt vorbei manövriert. Viele hunderte Milliarden Euro liegen im Ausland und werden nicht angegeben.

! Reiche Deutsche verschweigen in ihren Steuererklärungen die Erträge von hunderten Milliarden Euro Kapitalvermögen.

**Die Finanzbeamten haben nur minimale Kontrollmöglichkeiten.** Das „Bankgeheimnis“ schützt letztlich Steuerhinterzieher und die Interessen der Banken, die mit ihnen Geschäfte machen. Kleinanleger zahlen drauf. Denn wer hat Konten in den Steueroasen? Die Kassiererin im Supermarkt oder der Busfahrer? Wir müssen mit höheren Lohnsteuern und Verbrauchsteuern das ausgleichen, was dem Staat durch Steuerhinterziehung der Reichen verloren geht.

Um inländische Kapitalerträge vollständiger zu erfassen, wird ab 2009 eine Abgeltungsteuer von 25 Prozent eingeführt. Für Reiche bedeutet das eine massive Steuersenkung, denn ihr Spitzensteuersatz liegt heute bei 42 Prozent. Außerdem bleiben Schlupflöcher. Und ins Ausland verschobene Vermögen sind nur mit verstärkten Kontrollen zu ermitteln. Doch diese werden noch weiter abgebaut.

*Wege aus der Abgeltungsteuer: In Zusammenarbeit mit renommierten Banken kann ich Ihnen zukunftsweisende Vermögensstrategien mit der Möglichkeit des Erhalts einer dauerhaften Steuerfreiheit für alle Erträge aufzeigen, selbst im Erbschaft- oder Schenkungsfall. Näheres dazu erfahren Sie gerne auf Anfrage.*

Aus der Werbung eines Steuerberaters

**Einkünfte aus Vermietung und Verpachtung sind ein Bermuda-Dreieck für die Steuer.** 2003 wurden weniger als eine Milliarde Euro Gewinne versteuert – aus allen vermieteten Wohnungen in ganz Deutschland. Viele Jahre lang waren sogar viele Milliarden Euro Verluste ausgewiesen worden.

Ein Grund dafür sind massive steuerliche Begünstigungen für Wohnungseigentümer. Außerdem wird auch hier heftig geschummelt. So rechnen Vermieter Ausgaben für die eigene Wohnung einer vermieteten Wohnung zu. Oder die selbst genutzte Wohnung ist auf dem Papier an Fremde vermietet – besonders wenn hohe Kosten etwa für eine Renovierung anfallen. Die Kosten verrechnet mit der angeblichen Miete ergeben Verluste. Und die werden von der Steuer abgesetzt.

! Schummelei und Steuerhinterziehung müssen wirksam bekämpft werden! Wir wollen eine bessere Kontrolle der Steuererklärungen von Reichen.



## STEUERFAHDUNG VERNACHLÄSSIGT

**Die Steuerfahndung ist die „Kriminalpolizei“ für Steuerdelikte.** So wie es die Kripo für Diebstahl und Betrug ist. Doch Steuerhinterziehung ist weit mehr verbreitet – und es wird weniger verfolgt und geahndet. Es ist die Massenkriminalität der Reichen. Nur ein kleiner Teil der Betrugsdelikte wird aufgedeckt, die Dunkelziffer ist riesig.

**! Steuerhinterziehung ist Diebstahl und Betrug – und zwar am Gemeinwesen. An uns allen.**

**Die Steuerfahndung ist personell massiv unterbesetzt** – ähnlich wie die Betriebsprüfung. Bei der Zahl der Steuerfahnder pro 1000 Einwohner liegt in den alten Bundesländern das Saarland auf dem letzten Platz, aber dann kommt schon das reiche Bayern. Danach folgt das nicht weniger reiche Baden-Württemberg.

### Eine wertvolle silberne Scheibe

Eine anonym zugestellte CD-ROM ließ die öffentlichen Kassen kräftig klingeln. Ein ungetreuer Mitarbeiter aus dem Hause des Liechtensteiner Stiftungstreuhanders Dr. Batliner in Vaduz hatte brisante Informationen über 200 deutsche Steuerflüchtlinge in die Hände der Ermittler gespielt. Für viele Millionäre, vom Sportsmann Schockemöhle bis zum Industriemagnaten Flick, war die Sicherheit der Fluchtburg Liechtenstein nun dahin. Sie mussten ihr Stiftungsvermögen – im Einzelfall bis zu 15 Millionen Euro – nun dazu einsetzen, die bisher verweigerten Steuern nachzuentrichten. Damit war einschließlich Zinsen und Strafe oft mehr als die Hälfte des Vermögens verloren, denn die Fahnderinnen und Fahnder rollten die letzten zehn Jahre neu auf. Das brachte dem Staat mehr als 100 Millionen Euro ein, die sonst verloren gegangen wären.

Gerade diese Bundesländer möchten den „kleinen Ladendieb“ mit der ganzen Härte des Gesetzes bestrafen. Besonders großzügig sind sie aber, wenn es um Steuerhinterziehung geht. Weil hier die Täter aus einer anderen Bevölkerungsschicht kommen? Oder weil dies eine Form der „Wirtschaftsförderung im eigenen Bundesland“ darstellt?

In der Steuerfahndung holten 2570 Fahnderinnen und Fahnder im Jahr 2004 1,6 Milliarden Euro herein, 630.000 Euro je Person.

*Die bayerischen Steuerfahndungsstellen können ihren Auftrag, Steuerstraftaten und Steuerordnungswidrigkeiten zu erforschen und in diesen Fällen die zutreffenden Besteuerungsgrundlagen zu ermitteln, sowie unbekannte Steuerfälle aufzudecken, nur noch in eingeschränktem Umfang wahrnehmen.*

Bayerischer Oberster Rechnungshof, 2007



## VER.DI ALTERNATIVEN

**Die skandalösen Mängel im Steuervollzug müssen endlich angegangen und behoben werden.** Ein besserer Steuervollzug würde weit mehr Geld zusätzlich einbringen, als die Aufstockung des Personals kosten würde.

**! Zwölf Milliarden Euro zusätzlich im Jahr können durch mehr Personal und Kontrollen und bessere Organisation des Steuervollzugs erzielt werden.**

### ver.di fordert:

- In den Finanzverwaltungen, insbesondere in Betriebs- und Umsatzsteuerprüfung sowie der Steuerfahndung, müssen zusätzliche Einstellungen vorgenommen werden. Als Mindestanforderung müssen zunächst die Personalbedarfsrechnungen der Finanzministerien umgesetzt werden.
- Die Steuererklärungen von Unternehmen und Steuerpflichtigen mit hohen Einkünften oder Vermögen müssen stärker kontrolliert werden.
- Bund und Länder müssen einheitliche Verwaltungsgrundsätze und Vollzugsziele festlegen. Zusammenarbeit und Informationsaustausch der Länder müssen verbessert werden.
- Die Kosten für den Steuervollzug müssen beim Länderfinanzausgleich vorab abgezogen werden, um Anreize für Verbesserungen zu schaffen.

Zum Skandal im Steuervollzug kommen eklatante Ungerechtigkeiten in der Steuergesetzgebung selbst, die behoben werden müssen. Die rot-grüne und die große Koalition haben die Unternehmensteuern seit 2000 praktisch halbiert. Der Spitzensteuersatz auf hohe Einkommen wurde von 53 auf 42 Prozent gesenkt. Ein Einkommensmillionär zahlt deshalb 100.000 Euro im Jahr weniger Steuern. Auf der anderen Seite stehen Mehrwertsteuererhöhung, Kürzung der Pendlerpauschale, höhere Steuern bei Arbeitszimmern und Abfindungen und weitere Belastungen.

### ver.di fordert:

- Die Vermögensteuer muss wieder eingeführt und große Erbschaften und Schenkungen müssen höher besteuert werden. Das bringt über 20 Milliarden Euro jährlich.
- Der Spitzensteuersatz bei der Einkommensteuer muss wieder auf 50 Prozent angehoben und Steuerschlupflöcher müssen gestopft werden. In Verbindung mit Steuersenkungen im unteren Einkommensbereich bringt das rund zehn Milliarden Euro.
- Unternehmensgewinne und Kapitalerträge müssen vollständig erfasst und wieder mindestens so hoch wie bis 2000 besteuert werden. Das bringt bis zu 30 Milliarden Euro, davon zehn für die Kommunen.

**! Das ver.di-Konzept für mehr Steuergerechtigkeit bringt insgesamt Mehreinnahmen von 70 Milliarden Euro jährlich.**

Mit diesen Einnahmen können mehr und bessere Kitas und Schulen finanziert werden. Das Geld reicht für wirksamen Klima- und Umweltschutz und vieles mehr. Auch für angemessene Tarifierhöhungen bei den Beschäftigten im öffentlichen Dienst.

